

Wählen braucht mehr – Wahlalter 16

Mag.^a Daniela Köck & Mag.^a Birgit Lacheiner
Graz, 2011

Voraussetzungen und Chancen

Trotz der medial geführten Diskussion um die Verkleinerung der Landtage konnten am 26. September 2010 in der Steiermark wieder 56 Abgeordnete in den Landtag gewählt werden. Massiv verkleinert hat sich hingegen die Zahl der Wählerinnen und Wähler:

Nur 69,9% der Wahlberechtigten haben am Wahlsonntag ihre Stimme abgegeben. Abgezeichnet hat sich dieser Trend bereits in den letzten Jahren, immer weniger Bürgerinnen und Bürger nützen ihr Wahlrecht (Nationalrat, Bundespräsident).

Die Motive der Nichtwählerinnen und Nichtwähler für ihr Fernbleiben von der steirischen Landtagswahl waren laut einer Umfrage von ISA und SORA die fehlende Attraktivität von Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten, angebliche Misswirtschaft und Skandale der Landespolitik sowie der Protest und die Enttäuschung über die Politik in der Steiermark generell (vgl. SORA 2010). Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist kein steirisches Phänomen. In nahezu allen alten Demokratien sinkt die Wahlbeteiligung generell.

Sich politisch zu engagieren verliert bei den Bürgerinnen und Bürgern kontinuierlich an Wichtigkeit (vgl. Kersting 2008, 42). Vor allem den jungen Menschen fehlen direkte Anknüpfungspunkte an die Politik und die eigene Betroffenheit von politischen Prozessen ist nur mehr selten gegeben. Nicht erst seit dem Jahr 2007 und der Senkung des Wahlalters wird dieser Umstand unter dem Schlagwort der Politikverdrossenheit oder konkreter der Politikerinnen- und Politikerverdrossenheit zunehmend diskutiert (vgl. Gärtner 2010, 11):

In der Steiermark haben Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr bei Gemeinderatswahlen seit 2005 und bei Landtagswahlen seit 2007 das aktive Wahlrecht. Die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre hat einen notwendigen Diskussionsprozess (wieder) in Gang gesetzt.

Das Recht zur politischen Mitgestaltung braucht im Angesicht einer weit verbreiteten und immer wieder diskutierten politischen Verdrossenheit wieder mehr Bühne und Beachtung. Diese Mitgestaltung an demokratiepolitischen Prozessen von jungen Menschen hat bestimmte Voraussetzungen und steht neuen Herausforderungen gegenüber. Jugendliche haben ein ausgeprägtes Demokratiebewusstsein und fordern unsere Form der repräsentativen Demokratie mit ihren direktdemokratischen Elementen

auf neue Art und Weise heraus. Sich diesem Entwicklungsprozess zu widmen, zählt zu den zentralen Aufgaben in der Auseinandersetzung mit jugendgerechter Politik.

Politische Mitgestaltung

Die repräsentative Demokratie setzt die Motivation voraus, dass Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gehen. Diese Motivation geschieht vor allem über die Identifikation mit politischen Parteien. Die direkte Demokratie in der Steiermark (bundeslandspezifisch) umfasst Volksbegehren und Bürgerinnen- und Bürgerinitiativen, auf Bundesebene kommen noch Volksabstimmungen zum Tragen. Die Basis direkter Demokratie sind also jene Bürgerinnen- und Bürgerrechte, die der Bevölkerung Möglichkeiten geben, politisch mitzugestalten. Zentrale Prinzipien von repräsentativer als auch direkter Demokratie sind, neben grundlegenden Menschenrechten (z.B. Meinungsfreiheit), die Chancengleichheit bei der Beteiligung am politischen Prozess und die Rationalität durch einen offenen Zugang zur Information. Die Voraussetzung für eine rationale Entscheidungsfindung ist die Transparenz der Entscheidungsprozesse und der Darstellung von Interessensvielfalt (vgl. Kersting 2008, 46). Vor allem für die demokratiepolitische Sozialisation von jungen Menschen ist diese Transparenz von großer Bedeutung. Ein Höchstmaß an Transparenz auf der Ebene der Bürgerinnen und Bürger heißt, einen offenen Zugang zu Informationen sowie politische Bildungsmöglichkeiten zu erhalten. Neben diesen Voraussetzungen ist für den Mitgestaltungswillen auch die eigene Betroffenheit der Menschen zentral, sie ist oft der Auslöser für politisches Engagement.

Traditionelle und politisch zugeordnete Organisationen verzeichnen heute kaum Zuwachs an jungen Menschen. Religion, Klasse und Ethnizität sind schon seit langem in den Hintergrund getreten. Bildung, Alter und Geschlecht bestimmen die Aktivität und das Engagement (vgl. Pelinka 2005, 92f).

Das Wahlalter

Die Meinung darüber, ob es mit 16 Jahren sinnvoll ist wählen zu dürfen, geht in Diskussionen nach wie vor weit auseinander. Jugendliche fühlen sich laut Selbsteinschätzung oft nicht in der Lage, eine Wahlentscheidung zu treffen. Dies begründet sich unter anderem auf fehlende Informationen oder der Komplexität politischer Prozesse und der Unüberschaubarkeit der wählbaren Parteien. Beim steirischen Jugendlandtag 2008 wurde den Abgeordneten folgende Forderung vorgelegt:

„Mehr politische Bildung für Jugendliche, mehr Podiumsdiskussionen! Wir wollen besser über Politik

Bescheid wissen [...] Mehrmals jährlich sollen zu diesem Zweck auch Podiumsdiskussionen durchgeführt werden, Vertreterinnen und Vertreter der Parteien sollen Jugendlichen Fragen zu aktuellen Themen beantworten.“ (Jugendlandtag 2008, 61).

Insgesamt lässt sich sagen, dass der direkte Kontakt zwischen Politikerinnen bzw. Politikern und Jugendlichen von zentraler Bedeutung ist. Parallel dazu bildet die Informiertheit eine wesentliche Grundlage zur Mitgestaltung.

Ursprung jeder Mitgestaltung ist Interesse am politischen Geschehen und genügend Information darüber. Die Möglichkeiten der Mitgestaltung hängen entscheidend davon ab, wie gut Jugendliche informiert sind (vgl. Weiß 2010, 97).

Psychologische Aspekte unterstreichen die Berechtigung und das Potenzial von Jugendlichen, an Entscheidungen teilzuhaben. Jugendliche sind in der Funktionalität von Denk- und Gedächtnisvorgängen voll entwickelt. Wenn ein Problem verständlich gemacht wird und die Elemente des Problems überschaubar sind, wird die Entscheidungsfähigkeit gegeben sein. Da der Wissensbereich im politischen und gesellschaftlichen Sektor oftmals geringer ist, ist auch die Denk- und Entscheidungsfähigkeit geringer. Gleichzeitig ist genau darum der kreative Zugang möglich, weil es weniger Denkschablonen, also voreingenommene Beurteilungen gibt. Dieses Potenzial und die Fähigkeiten bereichern gesellschaftliche Problemlösungsprozesse (vgl. Oerter 1998, 38). Spricht Hurrelmann 1998 noch von der bereits umgesetzten Forderung, Jugendlichen das Wahlrecht zu geben, so sind seine Forderungen nach jugendgerechten und jugendrelevanten Themen in der Politik nach wie vor aktuell. Der sichtbare Rückzug gegenüber Politik kann sich durch Interesse an der Bevölkerung ändern. Demokratie ist nicht nur Staatsform, sondern auch eine Lebensform (vgl. Hurrelmann 1998, 288).

Komplexität

Unsere Zeit wird von gesellschaftlichem Wandel, Globalisierung, Entstrukturierung und Individualisierung gekennzeichnet, Biographien werden immer komplizierter. Jugendliche sind mit Herausforderungen einer flexiblen Arbeitswelt und einer komplexen Gesellschaft konfrontiert. Diese Gesellschaft fällt Entscheidungen auf europäischer und globaler Ebene; gleichzeitig wird zu mehr Partizipation aufgefordert (vgl. Gaiser/de Rijke, 101). Interessant ist die Frage, wo Jugendliche ihr demokratisches Recht sehen und ausüben. Pelinka konstatiert den Rückzug der Jugendlichen aus den Kirchen und vor allem aus den politischen Ersatzkirchen. Je jünger die Wählerinnen und Wähler sind, desto geringer ist die Neigung, sich an eine feste Organisation zu binden - und desto geringer ist die Neigung, zur Wahl zu gehen. Doch all diese Befunde bedeuten keineswegs ein generelles politisches Desinteresse. An die Stelle von organisiertem politischem

Engagement – vor allem in den Parteien - ist punktuelles themenbezogenes Engagement getreten (vgl. Pelinka 2005, 126).

Konkrete Projekte und gezielte Maßnahmen fördern das politische Engagement. Bei konkreten partizipativen Planungsmaßnahmen der offenen Jugendarbeit werden Jugendliche für die Auseinandersetzung mit dem Großthema Politik fit gemacht. Sie bekommen eine methodisch gut fundierte Unterstützung, um mit Politikerinnen diskutieren zu können. Forderungen werden artikuliert. Durch Abstimmungen, Konsensfindung und die Mitbestimmung bei konkreten Entscheidungen werden demokratische Kompetenzen gefördert (vgl. Deinet 2009, 139). Pelinka vertritt die These, dass Jugendlichen Politik zu wichtig ist, um auf traditionelle Weise Politik zu machen (vgl. Pelinka 2005, 127). Im direkten Dialog mit Politikerinnen und Politikern, dem persönlichen Kontakt, ist es möglich, Jugendlichen ein erweitertes Bild von Politik zu vermitteln. Das Gespräch mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern wird größtenteils positiv aufgenommen. Die Themen und Fragen, die steirische Jugendliche an die steirische Landespolitik stellen, beinhalten Asylpolitik, Jugendarbeitslosigkeit, Gleichbehandlungspolitik, öffentliche Verkehrsmittel und Bettelverbot, um nur einige zu nennen (vgl. Mitmischen im Landhaus 2010, 12).

Im letzten Schuljahr besuchten über 600 Schülerinnen und Schüler aus Berufsschulen, Polytechnischen Schulen sowie AHS und berufsbildenden Schulen Werkstätten im Landhaus. Die Jugendlichen zeigten sich interessiert, eine inhaltliche Auseinandersetzung war möglich. Manche erfahren Funktion und Namen der Landesrätinnen und -räte sowie der Abgeordneten zum ersten Mal. Das heißt auch, Landespolitik wird zum Teil nicht bewusst wahrgenommen. Die Jugendlichen skizzierten in einer der Werkstätten ihre/n „Idealpolitikerin bzw. Idealpolitiker“. Folgende Eigenschaften waren für die jungen Menschen von zentraler Bedeutung:

- Authentisch
 - Bürgernah
 - Kompetent
 - Sozial engagiert
 - Zielstrebig und hat ein Rückgrat
- Die vielen Initiativen im schulischen und außerschulischen Kontext werden Wirkung zeigen, wenn Jugendliche erfahren und erleben, dass sie direkten Einfluss auf Handlungen und Entscheidungen haben. Den gewählten Vertreterinnen und Vertretern des Landes Steiermark darf empfohlen werden, Jugendliche altersadäquat zu informieren und ihnen respektvoll und ernsthaft zu begegnen. Die Jugendlichen brauchen für ihre Anliegen auf politischer Ebene qualifizierte und engagierte Vertreterinnen und Vertreter. Damit einhergehend ist es wichtig,

Angebote zu setzen, um Jugendlichen die Politik als Raum für reflektierte Urteilsbildung und eigenes Handeln zugänglich zu machen (vgl. Sander 2008, 50).

Impressum

Verein beteiligung.st
Die Fachstelle für Kinder-, Jugend- und Bürger*innenbeteiligung
Karmeliterplatz 2, 8010 Graz
www.beteiligung.st

Quellen- und Literaturverzeichnis

beteiligung.st (2010): Mitmischen im Landhaus 2010. Dokumentation, Land Steiermark, Landesjugendreferat (Graz).

beteiligung.st (2008): Steirischer Jugendlandtag 2008. Dokumentation, Verein beteiligung.st, (Graz).

Deinet Ulrich (2009): Zwischen Hüttenbau und politischer Beteiligung – Evaluation der Projekte. In: Betreten erlaubt! Projekte gegen die Verdrängung Jugendlicher aus dem öffentlichen Raum. Deinet Ulrich, Okroy Heike, Dodt Georg, Wüsthof Angela (Hrsg.) (Wuppertal) S.109-156.

Gärtner, Reinhold (2010): Jugendliche und Partizipation. In: Mitmischen im Landhaus, Land

Steiermark, Landesjugendreferat (Hrsg.), (Graz) S.11-12.

Gaiser Wolfgang, de Rijke Johann (2005): Politische Partizipation junger Menschen in Deutschland

und Europa. In: Die Jugend ist die Zukunft Europas- aber bitte noch nicht jetzt! Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hrsg.) (Wien) S.101-124.

Großegger Beate, Zentner Manfred (2009): Politik und Engagement, Schriftenreihe Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (Hrsg.) (Wien).

Hurrelmann Klaus (1998): Plädoyer für die Herabsetzung des Wahlalters. In: Jugend und Politik. Hurrelmann Klaus, Palentien Christian (Berlin) S.280-289.

Kersting Norbert (2008): Die Zukunft der Demokratie. In: Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation.

Kersting Norbert, Schmitter Philippe, Trechsel Alexander (Hrsg.) (Wiesbaden) S. 40-62.

Oerter Rolf (1998): Psychologische Aspekte: Können Jugendliche politisch mitentscheiden? In: Jugend und Politik. Hurrelmann Klaus, Palentien Christian (Hrsg.) (Berlin) S.32-46.

Pelinka Anton, Rosenberger Sieglinde (2007): Österreichische Politik, 3. Auflage (Wien).

Pelinka Anton (2005): Jugend und Politik. In: Die Jugend ist die Zukunft Europas - aber bitte noch nicht jetzt! Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hrsg.) (Wien) S.125-132.

Sander Wolfgang (2008): Politik entdecken - Freiheit leben. (Schwalbach).

Weiß Michael (2010): Die direkte Demokratie (Wien).

SORA (2010): www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen [Stand: 9.11.2010]